

**Alle Angaben ohne Gewähr. Keine Garantie auf Vollständigkeit oder Richtigkeit.**

<b>1 Grundlagen</b>	<b>2</b>
1.1 Grundlegende Begriffe . . . . .	2
1.1.1 Direkte und indirekte Steuern . . . . .	2
1.1.2 Unternehmensteuerrecht . . . . .	2
1.1.3 Leistungsfähigkeitsprinzip . . . . .	2
1.1.4 Der Steuerbegriff . . . . .	2
<b>2 Einkommenssteuer</b>	<b>2</b>
2.1 Tatbestandsmerkmale . . . . .	2
2.2 Begriffe . . . . .	3
2.2.1 Natürliche Personen . . . . .	3
2.2.2 Inland . . . . .	3
2.2.3 Wohnsitz . . . . .	3
2.2.4 Gewöhnlicher Aufenthalt . . . . .	3
2.2.5 Welteinkommensprinzip . . . . .	3
2.2.6 Markteinkommensprinzip . . . . .	3
2.3 Sachliche Steuerpflicht . . . . .	3
2.3.1 Gewinneinkünfte . . . . .	3
2.3.2 Überschusseinkünfte . . . . .	4
2.3.3 Ermittlung des Einkommens . . . . .	4
2.4 Gewinnermittlung bei Gewinneinkünften . . . . .	4
2.4.1 Gewinn . . . . .	4
2.4.2 Objektives Nettoprinzip . . . . .	4
2.4.3 Buchführungspflicht und Gewinnermittlung . . . . .	4
2.4.4 Formel zur Gewinnermittlung . . . . .	5
2.4.5 Betriebsvermögen . . . . .	5
2.4.6 Entnahmen . . . . .	5
2.4.7 Einlagen . . . . .	5
2.4.8 Betriebsausgaben . . . . .	5
2.4.9 Betriebseinnahmen . . . . .	5
2.4.10 Dreiteilung der Kosten . . . . .	5
2.4.11 Werbungskosten . . . . .	6
2.5 Bewertungsgrundsätze . . . . .	6
2.5.1 Bilanzidentitätsprinzip . . . . .	6
2.5.2 Fortführungsprinzip . . . . .	6
2.5.3 Stichtagsprinzip . . . . .	6
2.5.4 Einzelbewertungsprinzip . . . . .	6
2.5.5 Vorsichtsprinzip . . . . .	6
2.5.6 Realisationsprinzip . . . . .	7
2.5.7 Stetigkeitsprinzip . . . . .	7
2.5.8 Historische bzw. fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten . . . . .	7
2.5.9 Börsen- oder Marktpreis . . . . .	7
2.5.10 Erfüllungsbetrag . . . . .	7

## 1 Grundlagen

### 1.1 Grundlegende Begriffe

#### 1.1.1 Direkte und indirekte Steuern

- **Direkte Steuern:** Belastet Person, Unternehmen, usw. unmittelbar
- **Indirekte Steuern:** Belastet Güter und Vorgänge und erreicht damit mittelbar einzelne Personen

#### 1.1.2 Unternehmensteuerrecht

Die Unternehmenssteuer ist keine eigene Steuerart, sondern durch den Dualismus von Einkommen- und Körperschaftsteuer geprägt. Die Einkommensteuer betrifft z.B. Einzelunternehmen, die Körperschaftsteuer betrifft Kapitalgesellschaften.

#### 1.1.3 Leistungsfähigkeitsprinzip

Das Leistungsfähigkeitsprinzip ist (vereinfacht gesagt) die Fähigkeit, Steuern zu bezahlen und damit zum Steueraufkommen beizutragen. Es gibt **drei Leistungsfähigkeitsindikatoren**:

- **Einkommen** (Vermögenszugang, z.B. EStG, KStG, GewStG)
- **Vermögen** (Konsum- und Investitionsfonds, z.B. GrStG, GrErwStG, ErbStG)
- **Konsum** (Güterverbrauch, z.B. UStG)

Bei der Einkommensermittlung gilt das **Nettoprinzip** zur Bemessung der Leistungsfähigkeit. Es wird also nur der Gewinn besteuert statt die kompletten Einnahmen (**objektives Nettoprinzip**).

Das **private/subjektive Nettoprinzip** verlangt zudem die Abzugsfähigkeit (für die Lebensführung) unvermeidbarer Ausgaben (daher z.B. Grundfreibetrag).

#### 1.1.4 Der Steuerbegriff

Der Steuerbegriff ist in **§ 3 Abs. 1 AO** definiert, wichtige Details:

- Steuern sind **Geldleistungen**
- keine Gegenleistung für eine **besondere Leistung** (*also keine konkrete Gegenleistung*)
- werden von einem öffentlich-rechtlichen **Gemeinwesen** (Gemeinden, Länder, Bund) zur **Erzielung von Einnahmen** erhoben
- sind **allen auferlegt**, bei denen der Tatbestand der Leistungspflicht zutrifft

## 2 Einkommenssteuer

### 2.1 Tatbestandsmerkmale

Gemäß **§ 1 Abs. 1 EStG** sind

- **natürliche** Personen, die
- im Inland
- einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben

**unbeschränkt einkommensteuerpflichtig.**

## 2.2 Begriffe

### 2.2.1 Natürliche Personen

**Natürliche Personen** sind Menschen (also keine Unternehmen etc.). Die Rechtsfähigkeit beginnt gemäß **§ 1 BGB** mit der Vollendung der Geburt.

### 2.2.2 Inland

Das Inland i.S.d. **§ 1 Abs. 1 EStG** ist das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland (inklusive der 12-Meilen-Zone). Zudem gehören deutsche Flugzeuge, Handelsschiffe unter deutscher Flagge und Kriegsschiffe zum Inland.

### 2.2.3 Wohnsitz

Nach **§ 8 AO** hat jemand einen Wohnsitz dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird. Die Absicht einen Wohnsitz zu begründen oder aufzugeben bzw. die An- und Abmeldung der Wohnung sind für die steuerliche Wirkung nicht entscheidend.

### 2.2.4 Gewöhnlicher Aufenthalt

Auch ohne Wohnsitz kann gemäß **§ 9 AO** die unbeschränkte Steuerpflicht bestehen, wenn jemand seinen **gewöhnlichen Aufenthalt** in Deutschland hat. Hier kommt es auf die subjektiven Absichten des Steuerpflichtigen an (183-Tage-Regelung).

### 2.2.5 Welteinkommensprinzip

Das **Welteinkommensprinzip** besagt, dass für die Steuerpflicht das gesamte Welteinkommen herangezogen wird, unabhängig davon wo es erwirtschaftet wurde. Ohne Doppelbesteuerungsabkommen kann es zu einer Doppelbesteuerung kommen.

### 2.2.6 Markteinkommensprinzip

Das **Markteinkommensprinzip** umschreibt die **sieben Einkunftsarten**, die einkommenssteuerbar sind. Erträge ohne Markt (Schenkung, Erbschaft) sind nicht einkommensteuerbar.

## 2.3 Sachliche Steuerpflicht

Die **sachliche Steuerpflicht** beschreibt, was besteuert wird und ist in **§ 2 EStG** definiert. Es wird zwischen sieben Einkunftsarten und zwei Gruppen (Gewinneinkünfte und Überschusseinkünfte) unterschieden.

### 2.3.1 Gewinneinkünfte

**Gewinneinkünfte** sind gemäß **§ 2 Abs. 2 Nr. 1 EStG** der **Gewinn** aus

- Land- und Forstwirtschaft (**§ 13 EStG**)
- Gewerbebetrieb (**§ 15 EStG**)
- selbständiger Arbeit (**§ 18 EStG**)

## 2.3.2 Überschusseinkünfte

**Überschusseinkünfte** sind gemäß **§ 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG** Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten aus

- nichtselbstständiger Arbeit (**§ 19 EStG**)
- Kapitalvermögen (**§ 20 EStG**)
- Vermietung und Verpachtung (**§ 21 EStG**)
- sonstigen Einkünften (**§ 22 EStG**)

## 2.3.3 Ermittlung des Einkommens

**§ 2 EStG** beschreibt die Schritte zur Berechnung des Einkommens:

1. **Einkünfte** (**§ 2 Abs. 1 EStG**)
2. **Summe der Einkünfte** (**§ 2 Abs. 2 EStG**)
3. **Gesamtbetrag der Einkünfte** (**§ 2 Abs. 3 EStG**): Summe der Einkünfte abzüglich ggf. eines Altersentlastungsbetrag (**§ 24a EStG**), Land- und Forstwirte erhalten ebenfalls nach **§ 13 Abs. 3 EStG** einen Abzugsbetrag
4. **Einkommen** (**§ 2 Abs. 4 EStG**): Gesamtbetrag der Einkünfte abzüglich Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen
5. **zu versteuerndes Einkommen** (**§ 2 Abs. 5 EStG**): Einkommen abzüglich (z.B. Kinder-)Freibeträgen

## 2.4 Gewinnermittlung bei Gewinneinkünften

### 2.4.1 Gewinn

Der **Gewinn** eines Unternehmens ist gem. **§ 4 Abs. 1, 5 EStG** der **Unterschiedsbetrag** zwischen dem **Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres** und dem **Betriebsvermögen am Schluss des vorhergehenden Wirtschaftsjahres**, **vermehrte** um den Wert der Entnahmen und **vermindert** um den Wert der Einlagen.

### 2.4.2 Objektives Nettoprinzip

Prinzipiell sind alle Aufwendungen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abziehbar. Die Einkommenssteuer besteuert gemäß **§ 2 Abs. 2 EStG** nur den Gewinn bzw. den Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten.

### 2.4.3 Buchführungspflicht und Gewinnermittlung

Die steuerliche **Buchführungspflicht** ergibt sich **derivativ** (abgeleitet aus anderen Gesetzen, z.B. **§ 238 HGB**) aus **§ 140 AO** und **originär** aus **§ 141 AO**.

Die Gewinnermittlung erfolgt bei Buchführungspflichtigen und denen, die freiwillig Buch führen durch den Betriebsvermögensvergleich nach **§ 5 EStG** in Verbindung mit **§ 4 Abs. 1 EStG**.

Bei Steuerpflichtigen, die keine Bilanz aufstellen müssen, erfolgt die Gewinnermittlung nach **§ 4 Abs. 3 EStG**.

## 2.4.4 Formel zur Gewinnermittlung

Die Gewinnermittlung erfolgt gemäß **§ 4 Abs. 1 S. 1 EStG** durch die Formel:

$$\begin{aligned} & \text{Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres} \\ - & \text{Betriebsvermögen am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres} \\ = & \textbf{Unterschiedsbetrag} \\ + & \text{Entnahmen} \\ - & \text{Einlagen} \\ = & \textbf{Gewinn} \end{aligned}$$

## 2.4.5 Betriebsvermögen

Das **Betriebsvermögen** setzt sich zusammen aus allen aktiven Wirtschaftsgütern, die ein Betrieb zur Gewinnerzielung einsetzt, und allen Verbindlichkeiten, die betrieblich veranlasst sind.

## 2.4.6 Entnahmen

**Entnahmen** sind gem. **§ 4 Abs. 1 S. 2 EStG** alle Wirtschaftsgüter, die der Steuerpflichtige dem Betrieb für sich, für seinen Haushalt oder für andere betriebsfremde Zwecke im Laufe des Wirtschaftsjahres entnimmt.

Dazu zählen neben Barentnahmen auch Waren, Erzeugnisse, Nutzungen und Leistungen.

## 2.4.7 Einlagen

**Einlagen** sind gem. **§ 4 Abs. 1 S. 8 EStG** alle Wirtschaftsgüter, die der Steuerpflichtige dem Betrieb im Laufe des Wirtschaftsjahres zugeführt hat. Hierzu zählen insbesondere Bareinzahlungen und Sacheinlagen.

## 2.4.8 Betriebsausgaben

**Betriebsausgaben** sind gem. **§ 4 Abs. 4 EStG** die **Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlasst sind**.

Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Aufwendungen für den Betrieb des Steuerpflichtigen notwendig, zweckmäßig oder üblich sind.

## 2.4.9 Betriebseinnahmen

Betriebseinnahmen sind im Gesetz nicht definiert, die Rechtsprechung definiert mithilfe von **§ 8 EStG** die **Betriebseinnahmen** als **Zugänge von Wirtschaftsgütern** (in Form von Geld oder Geldeswert), die durch den Betrieb veranlasst sind.

## 2.4.10 Dreiteilung der Kosten

Das Einkommensteuerrecht wird beherrscht von einer **Dreiteilung der Kosten**. Danach ist zu unterscheiden, ob es sich bei den Kosten des Steuerpflichtigen um **Betriebsausgaben**, **Werbungskosten** oder **Kosten der Lebensführung** handelt.

Betrieblich veranlasste Kosten stellen nach **§ 4 Abs. 4 EStG** Betriebsausgaben dar. Ausschließlich privat veranlasste Kosten dürfen den Gewinn demnach nicht mildern, was in **§ 12 Nr. 1 EStG** nochmal ausdrücklich klargestellt ist.

## 2.4.11 Werbungskosten

Werbungskosten sind gemäß **§ 9 Abs. 1 EStG** "Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen". Zwischen Aufwendungen und Einnahmen muss demnach ein **kausaler Zusammenhang** bestehen.

## 2.5 Bewertungsgrundsätze

Zwei grundsätzliche Fragen sind zu beantworten:

1. Welche Wirtschaftsgüter müssen in der Bilanz (Betriebsvermögensvergleich) erfasst werden?
2. Mit welchem Wert sind diese Wirtschaftsgüter anzusetzen?

Allgemeine Bewertungsgrundsätze sind in **§ 252 Abs. 1 HGB** festgeschrieben. Von ihnen ist gemäß **§ 252 Abs. 2 HGB** nur in begründeten Ausnahmefällen abzuweichen.

### 2.5.1 Bilanzidentitätsprinzip

**Bilanzidentitätsprinzip** (**§ 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB**): Die Wertansätze in einer Bilanz zum Jahresbeginn müssen identisch mit denen der Schlussbilanz des vorherigen Geschäftsjahres sein.

### 2.5.2 Fortführungsprinzip

**Fortführungsprinzip** (**§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB**): Es ist grundsätzlich von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit auszugehen, sofern nicht **tatsächliche** (z.B. massive wirtschaftliche Schwierigkeiten) oder **rechtliche** Gegebenheiten (z.B. ein gestellter Insolvenzantrag) dagegen sprechen.

Ist eine Fortführung nicht zu unterstellen, sind Liquidationswerte anzusetzen. Ansonsten richtet sich die Bewertung nach den Vorschriften der **§§ 253 - 256a HGB**.

### 2.5.3 Stichtagsprinzip

**Stichtagsprinzip** (**§ 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB**): Die Bewertung aller Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt zu einem bestimmten Stichtag.

### 2.5.4 Einzelbewertungsprinzip

**Einzelbewertungsprinzip** (**§ 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB, § 6 Abs. 1 S. 1 EStG**): Jedes Wirtschaftsgut ist einzeln zu bewerten, Synergieeffekte zwischen den Vermögensgegenständen werden nicht berücksichtigt.

### 2.5.5 Vorsichtsprinzip

**Vorsichtsprinzip** (**§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB**): Vermögensgegenstände und Schulden sind vorsichtig zu bewerten, insbesondere sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, zu berücksichtigen.

Liegen keine Erwartungswerte vor, ist für Vermögensgegenstände der niedrigste, für Schulden der höchste Wert anzusetzen.

## 2.5.6 Realisationsprinzip

**Realisationsprinzip** (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) und **Periodisierungsprinzip** (§ 252 Abs. 1 Nr. 5 HGB): Gewinne werden nur berücksichtigt, wenn sie am Abschlussstichtag realisiert sind.

Aufwendungen und Erträge sind unabhängig von den Zeitpunkten der tatsächlichen Zahlung anzusetzen. Der Realisationszeitpunkt wird im Allgemeinen an den Zeitpunkt der Lieferung/Leistung geknüpft.

## 2.5.7 Stetigkeitsprinzip

**Stetigkeitsprinzip** (§ 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB): In den Folgejahren sind die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden beizubehalten, sofern nicht begründete Ausnahmefälle i.S.d. § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB vorliegen.

## 2.5.8 Historische bzw. fortgeführte Anschaffungs- oder Herstellungskosten

**Anschaffungskosten** bilden den Bewertungsmaßstab für alle von Dritten erworbenen Vermögensgegenstände und sind gleichzeitig gemäß § 253 Abs. 1 HGB die Wertobergrenze.

**Herstellungskosten** sind Aufwendungen, die im Rahmen des ursprünglichen oder nachträglichen (Wiederherstellung, Veränderung, Erweiterung, etc.) Herstellungsvorgangs eines Vermögensgegenstands anfallen (z.B. durch den Verbrauch von Gütern oder die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für die Herstellung).

## 2.5.9 Börsen- oder Marktpreis

§ 253 Abs. 4 HGB definiert eine Hierarchie der möglichen Bewertungsmaßstäbe zur Bestimmung potenzieller außerplanmäßiger Abschreibungen für das Umlaufvermögen.

Vorrangig ist zu prüfen, ob der Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag unter den Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegt. Der **Börsenpreis** ist der an einer amtlich anerkannten Börse im In- oder Ausland amtlich oder im Freiverkehr festgestellter Kurs

**Marktpreise** liegen vor, wenn Güter einer bestimmten Gattung und von durchschnittlicher Art und Güte an anderen Handelsplätzen regelmäßig umgesetzt werden.

Lässt sich weder ein Börsen- noch ein Marktpreis feststellen, stellt der Wert, der den Vermögensgegenständen am Abschlussstichtag beizulegen ist, den relevanten Vergleichswert dar.

## 2.5.10 Erfüllungsbetrag

Der **Erfüllungsbetrag** stellt den grundsätzlichen Wertansatz für Verbindlichkeiten dar. Es ist der Betrag, der für eine normale Abwicklung des Geschäfts notwendig ist, um die Verpflichtungen zu erfüllen.